



UMU

- Wir Eigentümerunternehmer -

**Beurteilung der Wirtschaftsentwicklung und
Erwartungen des Mittelstandes 2012**

**Ergebnisse einer Umfrage bei mittelständischen
Unternehmen in 16 Bundesländern mit Schwerpunkt auf der
Betriebsgröße bis 250 Beschäftigte**

**UNION MITTELSTÄNDISCHER UNTERNEHMEN e.V. – UMU
- Wir Eigentümerunternehmer -**

Edelsbergstraße 8, 80686 München
Tel. 089-57007-0, Fax: 089-57007-260,
E-Mail: info@umu.de, www.umu.de

INHALTSVERZEICHNIS

Beurteilung der Wirtschaftsentwicklung und Erwartungen des Mittelstandes 2011/2012

Seite	3	A.	Geschäftsentwicklung und Unternehmensplanung Vorbemerkung
Seite	4		Wirtschaftslage und Politik
Seite	5		Geschäftsentwicklung 2011/2012
Seite	6		Tendenz der Wirtschaftsentwicklung
Seite	7		Investitionsplanung 2012
Seite	8		Haupthemmnisse der Wirtschaftsentwicklung
Seite	9	B.	Beschäftigungssituation in der mittelständischen Wirtschaft
Seite	11		Beschäftigung im Mittelstand
Seite	12		Anpassung an veränderte Marktsituationen
Seite	13		Betriebsgrößen und Branchen der befragten Unternehmer
Seite	14	C.	Fragen zur Politik der Bundesregierung, Das Klima, die Schuldenkrise und die Steuern
Seite	17		Der EURO und die Währungsunion
Seite	19		Steuerpolitik
Seite	20		Energiewende
Seite	21	D.	Arbeitsmarkt und Sozialpolitik
Seite	23	E.	Fragen zu den Parteien
Seite	25		Zusammenfassung

Beurteilung der Wirtschaftsentwicklung und Erwartungen des Mittelstandes zur Jahreswende 2011/2012

Ergebnisse einer Umfrage bei mittelständischen Unternehmen in 16 Bundesländern

Die Union Mittelständischer Unternehmen e.V. - UMU – Wir Eigentümerunternehmer, München, ein parteipolitisch unabhängiger Verband des Mittelstandes mit ca. 70 000 vertretenen Mitgliedsunternehmen, hat in der Zeit zwischen 28. November und 14. Dezember 2011 eine Repräsentativbefragung von Unternehmen des Mittelstandes durchgeführt. Die Schwerpunkte dieser Umfrage lagen auf den Gebieten: Erwartung an die Geschäftsentwicklung, Unternehmensplanung und Beschäftigungssituation 2011-2012 sowie Fragen zur Politik.

Im Rahmen der Eil-Umfrage wurden 3.000 Mitgliedsunternehmen des Verbandes und 3.000 weitere Unternehmen aus einer Selektion der Deutschen Post AG befragt. Von den angeschriebenen Firmen hatten bis zum 14. Dezember 320 Firmen auf die Fragen geantwortet. Das entspricht einer Rücklaufquote von 5,4 Prozent.

A. Geschäftsentwicklung und Unternehmensplanung

Vorbemerkung

Grundlage der Befragung ist ein Umfrageraster, das für Mittelstandsumfragen entwickelt wurde und bereits seit Jahren mit großer Tendenzgenauigkeit angewendet wird. Diese Repräsentativbefragung bei mittelständischen Unternehmen dient als Grundlage verbandspolitischer Überlegungen und zur Information der Öffentlichkeit.

Der erste Teil der Umfrage beschäftigt sich grundsätzlich mit Themen, die seit Jahren abgefragt werden und die deshalb Aussagen zu Entwicklungen und Trends durch Vergleich mit den Vorjahren ermöglichen. Dies sind die Fragengruppen A und B zur Geschäftsentwicklung und Unternehmensplanung, zur Beschäftigung und zur Produktion.

In der Fragegruppe C werden aktuelle Themen behandelt, heuer „Fragen zur Politik und zur Bundesregierung“, zum Klima, zur Schuldenkrise und zu den Steuern. Dabei steht der Handlungsbedarf in den einzelnen Politikbereichen im Mittelpunkt. In D stellten wir Fragen zum Arbeitsmarkt und zur Sozialpolitik und in E zu den Parteien.

Die Fragebögen sind so aufgebaut, dass sich durch Kontrollfragen Stimmungen interpretieren lassen. Die Ergebnisse dieser Umfragen haben, im Nachhinein betrachtet, in allen Jahren - z. T. sogar gegen allgemeine Stimmungen in der Öffentlichkeit – recht genaue Prognosen ermöglicht, obwohl wir immer wieder darauf hingewiesen haben, dass damit keine Repräsentativbefragung mit den letzten Weihen der wissenschaftlichen Statistik vorgelegt werden soll, sondern nur ein Bild über die augenblickliche Stimmung und Situation im Mittelstand.

Wirtschaftslage und Politik

Trotz Finanzkrise und Turbulenzen um den EURO zeigt sich die deutsche Wirtschaft zur Jahreswende 2011-2012 in einem konjunkturell robusten Zustand. Selten wurden zur Beurteilung der gegenwärtigen wirtschaftlichen Lage so gute Noten vergeben. Während das Vorjahr noch vom Aufschwung gekennzeichnet war und die Tendenz deshalb nach oben zeigte, ergab sich heuer nur noch eine geringfügige Verbesserung. Das Klima ist weiterhin gut. Für die Zukunft zeigen sich aber Wolken am Horizont.

Gegenwärtig bezeichnen nur noch rund 3,9 Prozent der mittelständischen Unternehmer die Wirtschaftslage als schlecht, das sind noch einmal um 0,7 Prozentpunkte weniger als im Vorjahr. 43,5 Prozent bezeichnen sie als mäßig, 52,2 Prozent dagegen als gut. Wenn man die Bewertungen gut und mäßig zusammenfasst, ergibt sich noch einmal eine leichte Verbesserung gegenüber den schon guten Vorjahresergebnissen.

Wieviel hat die schwarz-gelbe Koalition mit ihrer Politik zu dieser Stimmung in der Wirtschaft beigetragen? Die Wirtschaftspolitik seit Ausbruch der Finanz- und Wirtschaftskrise ist angesichts des Wirtschaftsaufschwunges, den in 2009 fast niemand für möglich gehalten hätte, offensichtlich erfolgreich gewesen. Manche ihrer angekündigten Maßnahmen wurden nicht realisiert und manche Versprechungen noch nicht eingehalten. Insbesondere die angekündigten Maßnahmen zur Begrenzung der Bankenmacht wurden noch nicht mit der notwendigen Entschlossenheit vorangetrieben. Die Rettung des EURO, teilweise eine erneute Rettung der Banken durch den Steuerzahler, kann bisher noch nicht als endgültiger Erfolg angesehen werden. Die „Monster“ sind noch nicht gezähmt. Wir unterstützen die Bundesregierung darin und fordern sie auf, die Regulierung der Finanzmärkte entschlossen voranzutreiben.

„Solange die Banken über das Tempo der Volkswirtschaft entscheiden, werden wir von einer Krise in die nächste stolpern“, sagte im Vorjahr Josef Ackermanns Doktorvater (Prof. Hans Christoph Binswanger, Universität St. Gallen).

Eine sehr große Herausforderung wird es sein, die Soziale Marktwirtschaft auch langfristig funktionsfähig zu erhalten. Die Schröder-Regierung hat es geschafft mit der Agenda 2010 den Arbeitsmarkt der Deutschland AG aufzubrechen und Deutschlands Arbeitslose zumindest teilweise wieder an die Arbeit heranzuführen. Der Mittelstand weiß das, ihm kommt deshalb für die weitere Entwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft eine zentrale Rolle zu.

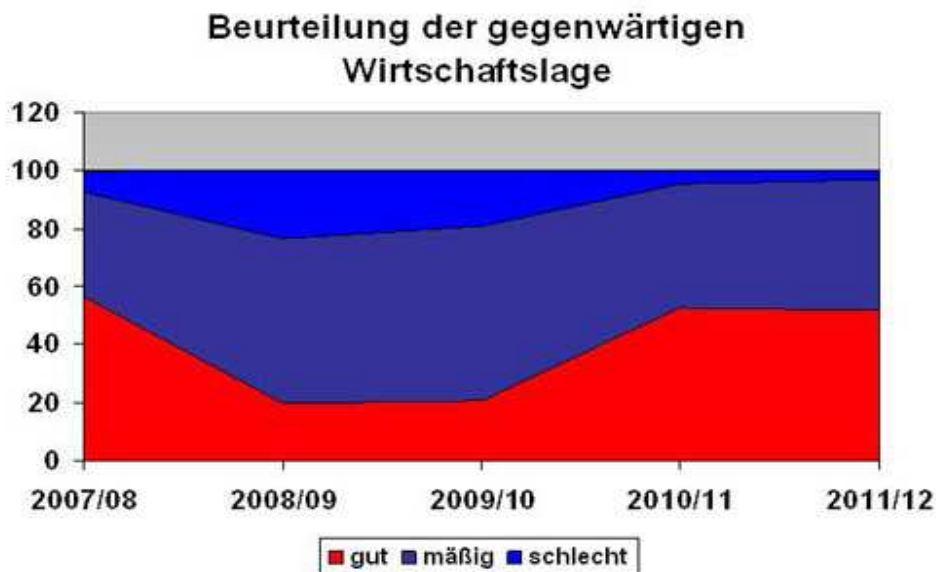
Die kleinen und mittleren Unternehmen müssen künftig sehr viel mehr als bisher zum gestaltenden Element der sozialen Marktwirtschaft werden. Dazu ist es notwendig die Rahmenbedingungen zu verbessern und ggf. neue Instrumente zu schaffen für eine breit aufgestellte, transparente und mittelständisch strukturierte Wirtschaft. Leider scheint unter Kanzlerin Merkel der Einfluss der Mittelstandes in der Union zurückgegangen zu sein und die FDP hat, bis auf wenige Ausnahmen im Bund und in den Ländern (z.B. in Bayern Wirtschaftsminister Zeil und Kultusminister Dr. Heubisch oder im Bund Fraktionsvorsitzender Brüderle und der Staatssekretär im BMWi und Mittelstandsbeauftragte der Bundesregierung Burgbacher, die hervorragende Arbeit leisten) viel zu sehr mit sich selber zu tun, als sich auch noch um diese früher von ihr geliebte Zielgruppe zu kümmern. Mehr darüber im Teil E der Umfrage, der sich mit den politischen Parteien beschäftigt.

I. Geschäftsentwicklung 2011/2012

Auf die Frage
“Wie beurteilen Sie die gegenwärtige wirtschaftliche Lage?”
 antworteten:*

	2011/12	2010/11	2009/10	2008/09	2007/08
gut	52,2%	52,8%	20,6%	19,9%	56,8%
mäßig	43,5%	42,6%	60,3%	56,4%	35,8%
schlecht	3,9%	4,6%	19,1%	23,7%	7,2%

* Zahlen gerundet & ohne Enthaltungen



II. Tendenz der Wirtschaftsentwicklung in den nächsten neun Monaten

Auf die Frage

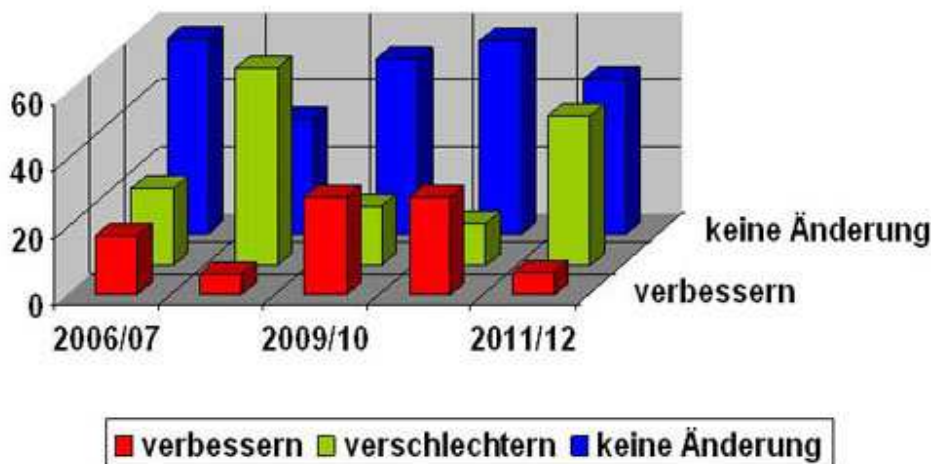
“Glauben Sie, dass sich die Wirtschaftslage in den nächsten neun Monaten verändern wird?”

antworteten:*

	2011/12	2010/11	2009/10	2008/09	2007/08
verbessern	7,0%	29,5%	29,5%	6,3%	15,3%
verschlechtern	44,9%	12,5%	17,8%	59,2%	29,4%
keine Änderung	46,5%	58,0%	52,6%	34,5%	55,3%
keine Antwort	1,6%	-----	-----	-----	-----

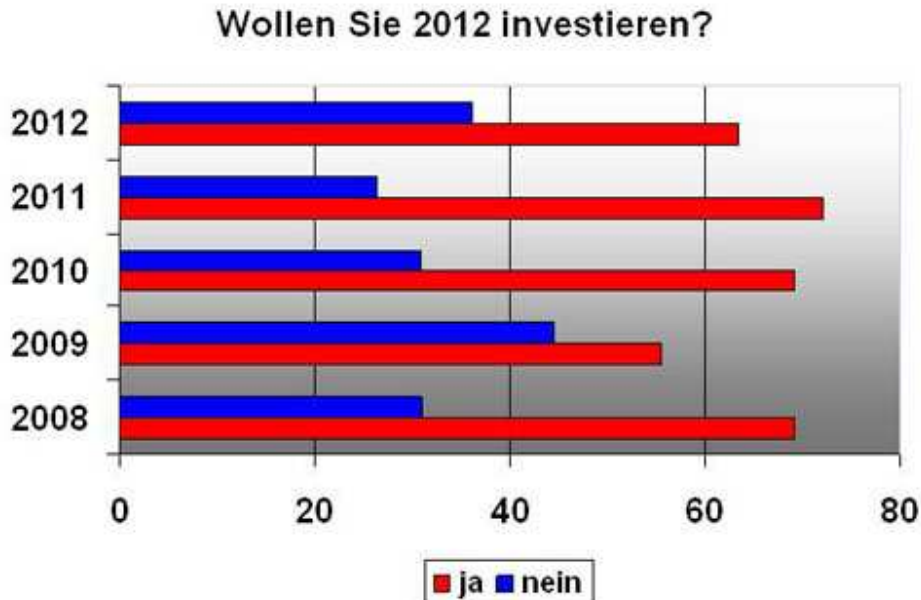
* Zahlen gerundet

Tendenz der Wirtschaftsentwicklung



Der Mittelstand ist mit der Wirtschaftsentwicklung zufrieden, denn gut die Hälfte der antwortenden Unternehmen rechnet mit keinen Änderungen. Allerdings ist die Tendenz durchaus ambivalent, denn nur noch 7 Prozent rechnen damit, dass sich die Lage verbessern wird, was angesichts der sehr positiven Lage kein Wunder ist. Dass allerdings 44,9 Prozent der antwortenden Unternehmer mit einer Verschlechterung der Lage rechnen, gibt zu denken und könnte ein Signal sein, das auf eine Abschwächung der Konjunktur hinweist.

III. Investitionsplanung 2012



Auf die Frage
“Planen Sie in 2012 zu investieren?”
 antworteten:*

	2011/12	2010/11	2009/10	2008/09	2007/08
ja	63,4%	72,1%	69,2%	55,5%	69,1%
nein	36,2%	26,3%	30,8%	44,5%	30,9%
Enth./k. Antwort	0,4%	1,6%	-----	-----	-----

* Zahlen gerundet

Die Werte für die Investitionsplanung sind leicht rückläufig. Zwar geben 63,4% an auch 2012 investieren zu wollen. Die Antworten auf die Frage nach der Art der Investitionen zeigen aber, dass wohl weniger investiert werden wird.

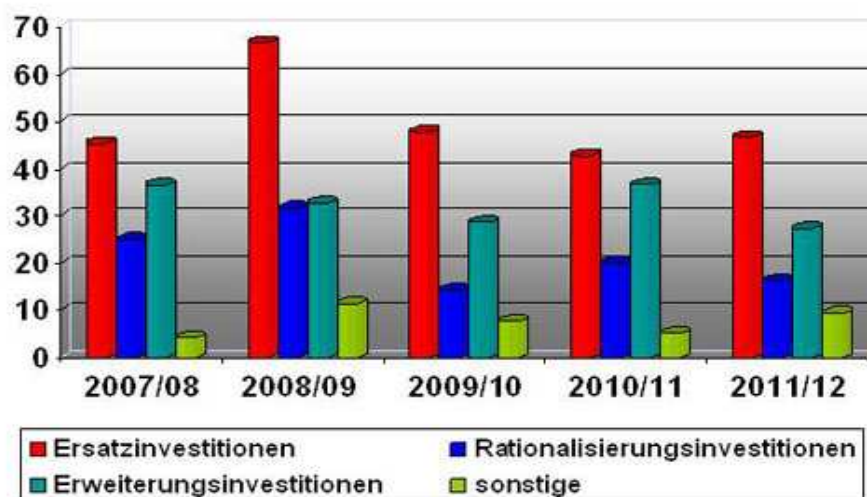
46,7 Prozent (42,8% i.V.) wollen Ersatzinvestitionen tätigen. Damit liegt diese Zahl leicht unter dem Mittelwert längerfristiger Untersuchungen. Der Wert für Rationalisierungsinvestitionen ist dagegen um 3,7 Prozentpunkte gesunken, auf 16,3%, ebenso wie Erweiterungsinvestitionen auf 27,6 Prozent.

Auf die Frage
“Welche Investitionen planen Sie?”
 antworteten für:*

	2011/12	2010/11	2009/10	2008/09	2007/08
Ersatzinvestitionen	46,7%	42,8%	47,8%	66,7%	45,4%
Rationalisierungsinvest.	16,3%	20,0%	14,2%	31,6%	24,9%
Erweiterungsinvest.	27,6%	36,6%	28,7%	32,6%	36,5%
Sonstige	9,4%	5,1%	7,7%	11,4%	4,2%

*Mehrfachnennungen, Erhebungsbasis: die Unternehmen, die bei der Vorfrage mit ja geantwortet hatten, Differenz zu 100% keine Angabe)

Welche Investitionen?



IV. Haupthemmnisse der Wirtschaftsentwicklung

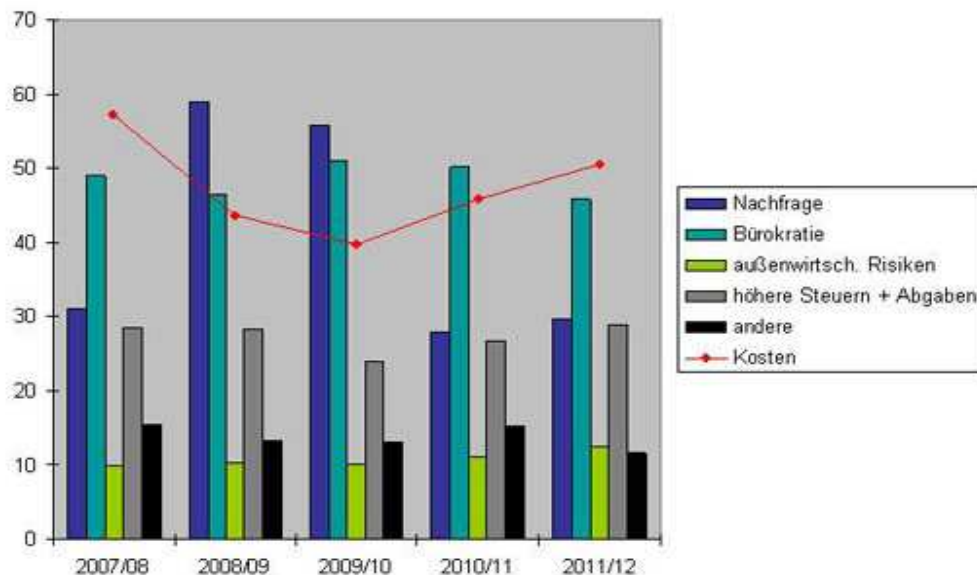
Auf die Frage
“Worin sehen Sie für Ihren Betrieb derzeit Hemmnisse in der Wirtschaftsentwicklung?”
 antworteten für:*

	2011/12	2010/11	2009/10	2008/09	2007/08
Nachfrage	29,6%	28,0%	55,9%	59,0%	31,1%
Kosten	50,5%	45,8%	39,7%	43,6%	57,3%
Bürokratie	45,8%	50,1%	51,0%	46,4%	48,9%
außenwirtsch. Risiken	12,3%	11,1%	10,1%	10,3%	9,9%
höhere Steuern/Abgaben	28,9%	26,8%	23,9%	28,3%	28,6%
andere	11,6%	15,4%	12,9%	13,1%	15,6%

Enth./k. Antwort 2,3% 2,5% 1,2% 0,8% 2,2%

* Mehrfachnennungen
Zahlen gerundet

Hauptthemmnisse der Wirtschaftsentwicklung 2011-2012



Während in den Jahren 2008 und 2009 die fehlende Nachfrage als Hauptthemmnis der Wirtschaftsentwicklung gesehen wurde, spielen inzwischen die Kosten wieder eine wichtige Rolle, sie liegen mit 50,5 Prozent an der Spitze.

Eine ständige Sorge des Mittelstandes gilt der Bürokratie, sie abzubauen ist sozusagen ein Daueranliegen, das von allen Regierungen versprochen, aber kaum realisiert wurde. Immerhin 48,5 Prozent halten die Bürokratie für eines der Hauptthemmnisse der Wirtschaftsentwicklung.

Erstaunlich ist, dass man trotz EURO-Krise die außenwirtschaftlichen Risiken nicht höher einschätzt. Sie sind gegenüber dem Vorjahr nur um 1,2 Prozentpunkte gestiegen, liegen aber im Zeitraum von 2007 bis 2012 mit 12,3 Prozent an der höchsten Stelle.

B. Die Beschäftigungssituation in der mittelständischen Wirtschaft

I. Entwicklung der Beschäftigung im Jahr 2012

1. Gesamtwirtschaftliche Entwicklung

Auf die Frage

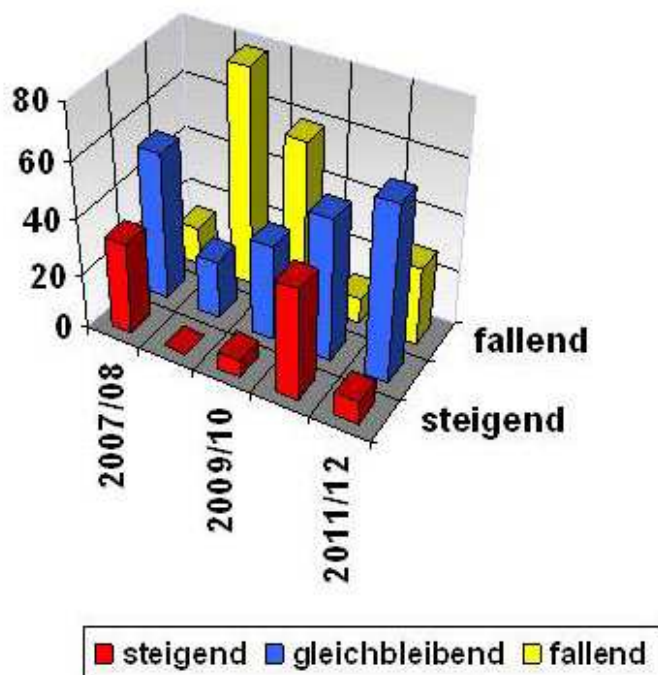
1. a "Wie schätzen Sie die Entwicklung der Beschäftigungssituation in der deutschen Wirtschaft ein?"

antworteten.*

	2011/12	2010/11	2009/10	2008/09	2007/08
steigend	8,3%	40,1%	6,1%	0,2%	32,6%
gleich bleibend	62,8%	50,7%	34,0%	21,1%	53,3%
fallend	28,2%	9,2%	59,1%	78,2%	14,1%

* Zahlen gerundet

Entwicklung der Beschäftigung (gesamtwirtschaftlich)



Die Entwicklung der Beschäftigung in Deutschland wurde im Vorjahr mit 40,1 Prozent am positivsten in den letzten fünf Jahren eingeschätzt. Nach der Arbeitslosenstatistik war der November 2011 einer der besten seit vielen Jahren.

Für 2012 rechnet der Mittelstand dagegen nur noch zu 8,3 % mit einer weiter steigenden Beschäftigung. Dabei zielt die Frage nach der Beschäftigungsentwicklung „allgemein“ auf die "gefühlte" Tendenz der Beschäftigungsentwicklung, also auf das "Fernbild der Beschäftigungsentwicklung", welche die Unternehmer erwarten.

Deshalb fragen wir zur Kontrolle nach, was die mittelständischen Unternehmer in ihrem eigenen Betrieb vorhaben.

Dort zeigt sich, dass mit 15 Prozent im eigenen Betrieb fast doppelt so viele mit einer weiter steigenden Beschäftigung rechnen. Sehr groß ist dagegen die Anzahl derer, die auf eine gleich bleibende Beschäftigung setzen. Mehr als $\frac{3}{4}$ der Unternehmen (75,7%) wollen offensichtlich ihren Personalstand halten.

Beschäftigung in den mittelständischen Unternehmen

Auf die Frage

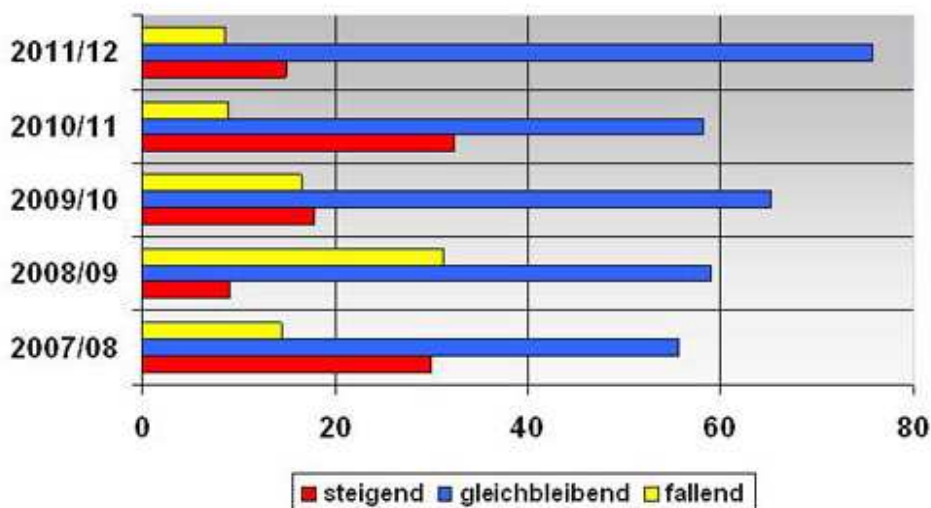
b) **“Wie ist das in Ihrem Betrieb?”**

antworteten:*

	2011/12	2010/11	2009/10	2008/09	2007/08
steigend	15,0%	32,5%	17,8%	9,1%	29,9%
gleich bleibend	75,7%	58,2%	65,2%	59,0%	55,6%
fallend	8,6%	8,9%	16,6%	31,3%	14,5%
keine Antwort	0,7%	0,4%	0,4%	0,6%	-----

* Zahlen gerundet

Entwicklung der Beschäftigung in den mittelständischen Unternehmen



Die Kontrollfrage: „Was planen Sie in diesem Bereich?“ relativiert das Bild. Immerhin 19,6 Prozent planen Neueinstellungen, nur 13,3 Prozent denken an Einschränkungen. Mehr als $\frac{2}{3}$ der Unternehmer (66,8%) planen aber im eigenen Betrieb keine Änderungen bei der Beschäftigtenzahl.

Auf die Frage

c) **“Was planen Sie in diesem Bereich?”**

antworteten:*

	2011/12	2010/11	2009/10	2008/09	2007/08
Neueinstellungen	19,6%	33,9%	20,6%	11,9%	33,1%
Einschränkungen	13,3%	12,7%	20,2%	36,5%	16,8%
keine Änderungen	66,8%	51,7%	58,3%	51,1%	48,9%
keine Antwort/Enth.	0,3%	1,7%	0,9%	0,5%	1,2%

* Zahlen gerundet

Kaum Veränderungen gibt es bei den Antworten auf die Frage, ob genügend qualifizierte Arbeitskräfte zu bekommen sind. Etwa die Hälfte glaubt das, die andere Hälfte verneint das.

Auch für erfahrene, ältere Arbeitnehmer liegt hier die Chance auf einen Arbeitsplatz.

Auf die Frage

d) **“Können Sie genügend qualifizierte Arbeitskräfte bekommen?”**

antworteten:*

	2011/12	2010/11	2009/10	2008/09	2007/08
ja	47,8%	46,3%	60,3%	51,8%	46,6%
nein	48,8%	49,4%	37,6%	45,0%	50,9%
k. Antwort/Enth.	3,4%	4,3%	2,1%	3,2%	2,5%

* Zahlen gerundet

Hierzu gab es eine Reihe von Anmerkungen für gesuchte Arbeitskräfte:

Ingenieure, Facharbeiter, Vertriebsmitarbeiter, Mechaniker, Baufacharbeiter, Elektriker, Busfahrer, Techniker, Sozialfachkräfte, CNC-Bearbeiter, Bau- und Projektleiter, Dipl.Ing. und Meister, Azubis, Softwareentwickler, Spengler, Technische Zeichner, qualifizierte Außendienstmitarbeiter, Monteure, Dreher, Maschinenführer und Baumaschinentechniker, Hausmeister, Fachverkäufer, Stahlbaumonteure, Fenster und Fassadentechniker, Schreiner, Elektroniker, Schlosser, Metallschleifer, Kraftfahrer u.s.w.

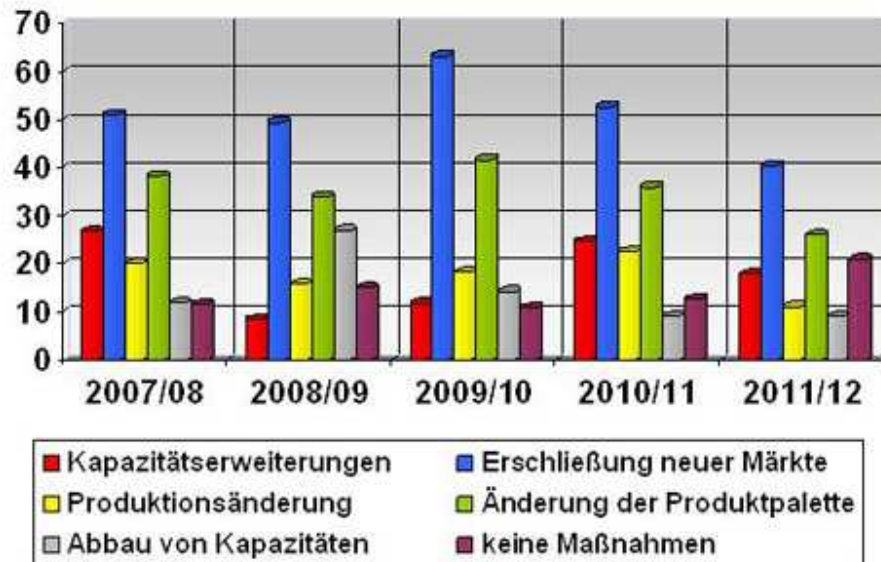
II. Anpassung an veränderte Marktsituationen

Bei der Anpassung an veränderte Marktsituationen setzt der Mittelstand weiter deutlich auf die Erschließung neuer Märkte (40,4%) und die Änderung der Produktpalette (25,9%).

Obwohl diese Zahlen leicht rückläufig sind, signalisieren sie doch eine gewisse Kapazitätsauslastung.

Immerhin 17,9 Prozent denken an Kapazitätserweiterungen. Der Anteil derer, die an einen Abbau von Kapazitäten denken, hat sich dagegen wieder einigermaßen normalisiert und liegt nun bei 14,2 Prozent (im Vorjahr 26,9%).

Marktanpassung



Auf die Frage

“Welche Maßnahmen werden Sie treffen, um sich den veränderten wirtschaftlichen Bedingungen in Deutschland anzupassen?”

antworteten:*

	2011/12	2010/11	2009/10	2008/09	2007/08
Kapazitätserweiterung	17,9%	24,7%	11,7%	8,4%	26,7%
Erschließung neuer Märkte	40,4%	52,6%	63,2%	49,4%	51,1%
Änd. in der Produktion	11,0%	22,5%	18,2%	15,9%	20,0%
Änd. der Produktpalette	25,9%	36,0%	41,7%	34,0%	38,3%
Abbau von Kapazitäten	9,0%	9,2%	14,2%	26,9%	11,9%
keine Maßnahmen	20,9%	12,7%	10,9%	15,0%	11,6%
Enthaltungen	4,0%	1,9%	1,2%	1,4%	1,2%

*(Mehrfachnennungen)

III. Betriebsgrößen und Branchen der befragten Unternehmer

Auf die Frage

“Wie viele Arbeitnehmer beschäftigen Sie derzeit?”

antworteten:*

unter 50 Beschäftigte	68,4%
51 - 100 Beschäftigte	15,3%
101 - 250 Beschäftigte	11,0%

251 - 500 Beschäftigte	2,0%
501 Beschäftigte und mehr	1,7%*

* Rundungsdifferenz zu 100% d. Enth.

Die antwortenden Unternehmer nach Branchen:

Maschinenbau	5,6%
Elektrotechnik	5,0%
EDV/ITK	3,7%
Chemische & pharmazeutische Industrie	4,0%
Kfz, Zulieferer & Handel	12,3%
Bau- Steine –Erden	11,3%
Nahrung und Genussmittel	6,3%
Dienstleistungen	30,2%
Finanzdienstleistungen, Versicherungen	8,6%
Handwerk	12,3%
Sonstige	14,3%

**Mehrfachnennungen

Weitere Firmen und anderen Branchen i. A.: Telekommunikation, Groß- und Außenhandel, Reisebüros und Tourismus, Schuhproduktion, Mess- und Regeltechnik, Textil- und Bekleidung, Holz- und Kunststoffverarbeitung, Metall- und Anlagenbau, Beratungswesen, Medien, Recycling und Entsorgung, Handwerksbetriebe, Einzelhandel, Landhandel, Solartechnik, Laden- und Messebau, Feinmechanik und Optik, Aus- und Weiterbildung, Sondermaschinenbau, Glas-Keramik-Textil, Metallverarbeitung, Zulieferer für Blech und Komponenten, Beleuchtung u.a.

C. Fragen zu Politik und Bundesregierung

Das Klima, die Schuldenkrise und die Steuern

Während der Zustand der Koalition etwas aus den Schlagzeilen der Medien verschwunden ist, stehen die Schuldenkrise und der Zustand des EURO im Vordergrund. Mit diesen Fragen beschäftigt sich Teil C dieser Umfrage.

Aufgrund der EURO-Krise wurde auch das „Finanzkrebsgeschwür“ ABS-Papiere (Asset Backed Securities – ABS) verdrängt, obwohl hier noch Altlasten von über 200 Milliarden EURO aus den Bad Banks auf uns Bürger zukommen können.

Während die Koalition für kleine Leistungsträger nun Steuersenkungen für das Jahr 2013 beschlossen hat, wie im Koalitionsvertrag auf Drängen von FDP und CSU festgelegt, bleiben andere Felder der Innenpolitik nach wie vor unbearbeitet. Wir machen weiterhin Schulden und in Sachen Regulierung der Finanzmärkte ist kaum etwas passiert. Warum will Deutschland nicht auch hier eine Vorreiterrolle übernehmen?

Die Trotzreaktion des britischen Premierministers Cameron beim letzten EURO-Gipfel böte eine gute Gelegenheit jetzt Nägel mit Köpfen zu machen und auch bei der Regulierung der Finanzmärkte in „Resteuropa“ mit einer Vorbildfunktion Deutschlands voran zu gehen. Das wird der Kanzlerin, weniger als manch andere ihrer jüngsten Maßnahmen in Europa, sicher nicht übel genommen werden. Auch den französischen Staatspräsidenten, mit dem sie erfolgreich europäische Pairing-Politik macht, wird sie an ihrer Seite haben. Er fordert schon lange solche Maßnahmen.

Aber was passiert, wenn Präsident Sarkozy im nächsten Frühjahr nicht wiedergewählt wird? Dann steht die gesamte EURO-Rettung auf tönernen Füßen. Es steht zu befürchten, dass es für diesen worst case bei der Bundesregierung und bei der EU keine Konzepte gibt. Oder was passiert, wenn unsere EURO-Partner die verbürgten Einzahlungen für den Rettungsschirm nicht leisten (siehe Weigerung Großbritanniens in den IWF-Fonds einzuzahlen)?

Wenn in den Ministerien keine ausgewiesenen Fachleute zu diesem Thema vorhanden sind, sollte die Bundesregierung sich vielleicht die rot-grüne Koalition als Vorbild nehmen und auch die Hilfe hoch qualifizierter Anwaltskanzleien in Anspruch nehmen, um die Gesetzesänderungen zu formulieren.

Was unser Sozialsystem betrifft, ist es weder dieser noch den früheren Regierungen gelungen, dessen Finanzierung auf wirklich dauerhaft stabile Füße zu stellen. Und dies trotz zahlreicher Reformen, so hat z.B. die Agenda 2010 den Arbeitsmarkt flexibler gemacht und viele Arbeitslose wieder an den Arbeitsmarkt herangeführt.

Von „an die kommenden Generationen denken“, einem Spruch der unseren Politikern so leicht über die Lippen geht, kann nicht die Rede sein. Es fehlt die konsequente Nachhaltigkeit in der Sozialpolitik. Wir verschulden nicht nur unsere Kinder, sondern auch unsere Enkel. Zum Beispiel stellen wir immer noch Beamte ein, um Sozialversicherungsbeiträge zu sparen. Laut Prof. Raffelhüschen rollt hier eine Billionenlast auf uns zu. Alleine, wenn man die Vorschläge zur Mehrwertsteuer aus dem Bundessteuergesetzbuch von Prof. Kirchhof umsetzen würde, würden dem Bund aus dem reduzierten Umsatzsteuerbetrag 40 Milliarden EURO an Mehreinnahmen erwachsen.

Der Mittelstand hat das erkannt und sieht den Handlungsbedarf in den nachfolgenden Politikbereichen vor allem in der Finanzpolitik und der Sozialpolitik. Die Steuerpolitik kommt erst auf Rang drei.

Auf die Frage:

1. Wie schätzen Sie heute den Handlungsbedarf in den nachfolgenden Politikbereichen ein?

antworteten:

Rangreihenbenotung Note 1 bis 3

Rang 1	Finanzpolitik (Staatsverschuldung, Euro usw.)	96,0%
Rang 2	Sozialpolitik (Rente, Gesundheit)	85,4%
Rang 3	Steuerpolitik (Unternehmenssteuern)	76,7%
Rang 4	Beschäftigungspolitik (Arbeitslosigkeit)	61,4%
Rang 5	Deutschlandpolitik (neue Bundesländer)	51,8%

Weitere Anregungen (unkommentiert):

Keine Geschenke an die Großindustrie, keine Förderungen, Rente den Langzeitarbeitslosen, Ausbildung und Arbeit der Jugend, jährliche Neuberechnung der Rente für alle Rentner, Mwst. auf alle Produkte 19%, Gleichheit AGG etc., bessere Kinderbetreuung, damit qualifizierte Frauen Arbeit finden, verfehlte Energiepolitik, erhebliche Mehrkosten für energieintensive Unternehmen, Verlässlichkeit bei politischen Aussagen, wirkliche Steuerreform, Bildungspolitik auf Bundesebene, Bürokratieabbau, Lockerung des Kündigungsschutzes erleichtert Neuanstellungen, Stärkung der Unternehmer im Mittelstand, Abschaffung des Kündigungsschutzes, Umwelt, Konjunktur, sozialer Ausgleich, Arbeit muss sich wieder lohnen!!, Bildungspolitik, Einschränkung des Föderalismus, sparsamer Haushalten, keine Paläste bauen, keine Neuverschuldung mehr, Erbschaftsteuer, Arbeitsrecht, Investitionen in Energiepolitik, Politiker sollten allmählich denken, wie es in der Wirtschaft normal ist, auch mit entsprechender Verantwortung, Abschaffung von Bürokratie und damit auch von zu vielen unnötigen, teuren Beamten/Politikern, Entlastung kleiner Unternehmen von Steuern, damit mehr investiert werden kann, „Ich möchte mal wissen, welche Politik/Richtung die Politiker vertreten und wie lange sie für Entscheidungen benötigen, wenn sie selbst dafür bezahlen müssten. Ich bezahle immer alle Fehler selbst!“, Deutschland sollte eine bestimmende Rolle in der Europapolitik einnehmen, Politik ohne Glaubwürdigkeit, endlich den Ausbau der Stromnetze vorantreiben, Glücksspielrecht liberalisieren, raus aus dem EURO, raus aus der EU, raus aus der NATO, verstärkte Zusammenarbeit mit Russland, keinerlei Steuererleichterung, Rückführung der Staatsverschuldung auf mindestens 25% in den nächsten 5-10 Jahren, Europapolitik, Bildungspolitik = Katastrophen!, Europapolitik 2 (Note), Abbau von Lobbyarbeit, Abbau von Sinnlosem, einheitliche Schulpolitik, länderübergreifend, in allen Bundesländern eine gleiche Schulbildung, schneller Entscheidungen treffen und neue Gesetze auf den Weg bringen, Politik hat gar nichts mehr mit Gestaltung zu tun, in der BRD wird alles mit Willkür erhoben - das ist kein Markt – leider!, Antidumping und Importe aus dem Bereich „Asien“, Reduzieren der Subventionen, Börsen und Banken reglementieren, Aufsichtsräte sind überflüssig, Politik für Alle machen, nicht nur für das Kapital, Bildungspolitik!, Regierungsangestellte, Abgeordnete usw. halbieren Gehälter, erhöhen aber alle nur noch Rente LVA, ob Politiker oder Beamter, Bildungspolitik, Hauptschüler sind nicht ausbildungsfähig, die Regierung hätte sparen

sollen in ihrem neuen Haushalt 2012, nicht noch mal eine Neuverschuldung, Integration, Wir können die Schulden anderer Länder nicht mit tragen, dringende Rentenreform u.a.

Auf die Frage:

2. Die EURO-Staaten haben in Folge der Finanzkrise einige Herausforderungen zu meistern. Welche Aussagen unterstützen Sie?
antworteten:*

Rangreihenbenotung Note 1 bis 3

Rang 1	Die Staaten müssen sich selbst helfen	93,4%
Rang 2	Die Maßnahmen verzögern nur den Zusammenbruch des Systems, darum darf nicht mehr deutsches Geld in ein Fass ohne Boden gesteckt werden	73,8%
Rang 3	Der EURO muss verteidigt werden	72,7%
Rang 4	Ein Ausscheren Deutschlands aus dem EURO wäre verheerend und darf nicht erwogen werden	71,1%

Was für die EURO-Rettung und -Stabilisierung richtig ist und wahr, können wir als Verband nicht im Detail beurteilen, die Informationsflut hat jedoch zu einer großen Verunsicherung in der Bevölkerung und auch bei uns im Mittelstand geführt.

Der Mittelstand braucht einen stabilen EURO. Aber die Meinungen zwischen Bundesregierung und Opposition und zwischen den europäischen Regierungen über den Weg dahin gehen weit auseinander. Wir unterstützen hier die Positionen der Bundesregierung und sprechen uns gegen die Vergemeinschaftung der Schulden in der EURO-Zone, z.B. durch Eurobonds, aus. Wir haben in Deutschland ja alle unsere leidigen eigenen „griechischspezifischen“ Erfahrungen mit dem Länder-Finanzausgleich gemacht. Ohne klare Vorgaben und Befristung läuft leider nichts. Als Musterbeispiel dürfen wir die neuen Bundesländer aufführen, die alle ohne Ausnahme ihre Finanzen in 20 Jahren in Ordnung bringen konnten.

Der bayerische Finanzminister Markus Söder forderte gerade erst, Bremen so zu behandeln wie Griechenland. Bremen, das Saarland und Berlin sind die deutschen Finanzsündenbeispiele. Der Länderfinanzausgleich gehört nach 30 Jahren abgeschafft. Wer es nach 30 Jahren nicht geschafft hat, wieder auf die Beine zu kommen, schafft es nie mehr.

Wir werfen der Bundeskanzlerin keinen Populismus, deutschen Egoismus oder antieuropäische Gesinnung vor. Andere Länder haben offensichtlich eine andere Tradition und eine andere verankerte Mentalität im Umgang mit Finanzen und Stabilität. Wenn wir für

deren Fehler zahlen sollen, muss es erlaubt sein, dass wir hier unsere Vorstellungen klar äußern. Wenn andere Länder unsere Auffassung nicht teilen, respektieren wir das, aber dann sollte dieses Land vielleicht wieder zu einer eigenen Währung zurückkehren.

Die Währung sollte auch aus den normalen Regierungsverhandlungen im EU-Ministerrat herausgehalten werden, denn nur so bleibt das Instrument unabhängig. Wenn wir den EFSF-Schirm nehmen, so ist unser Haftungs-Anteil so groß wie der der 13 kleinsten EURO-Staaten zusammen. Auch die anderen großen EURO-Staaten wie Frankreich, Italien und Spanien haben große Verpflichtungen übernommen, aber wir haben alle noch nicht eingezahlt.

Auf Dauer ist ein Kern-EURO der leistungsfähigen Staaten wichtiger als eine Aufweichung durch Staaten, die die Erfordernisse nicht erbringen. Ein anderer großer Wirtschaftsraum USA-Kanada-Mexiko hat auch keine eigene Währung.

Auch die Targetfinanzierungskredite in Höhe von ca. 450 Mrd. EURO sollten der Öffentlichkeit erläutert werden und wer diese im Notfall bezahlen muss.

Für einen stabilen EURO ist ein einheitliches Steuersystem und auch ein Ausgabenraster, z.B. die Rentensysteme, unerlässlich, wenn es nicht zu Verwerfungen kommen soll. Auch die Wirtschaftsordnungen der EURO-Staaten müssen angeglichen werden. Kein EU-Staat legt seinen Unternehmen so viele Steine in den Weg wie z.B. Griechenland. Laut einer Weltbankstudie nimmt Griechenland Platz 100 von 185 Ländern ein, noch hinter Ghana, Namibia und Mongolei. Italien liegt auf Rang 87, Deutschland auf Rang 19.

Die europäische Wirtschafts- und Finanzpolitik sollte ausgestaltet werden wie bei einem erfolgreichen deutschen Mittelständler: Einnahmen – Ausgaben = Überschuss oder Defizit. Defizite dürfen nur so hoch sein, dass sie innerhalb der nächsten 10 Jahre getilgt werden können. Nur so kann der EURO auf Dauer erhalten werden.

Auf die Frage:

3. Kann die derzeitige Währungsunion bestehen bleiben?

antworteten:*

a) Die Europäische Union benötigt keine Gemeinschaftswährung.

stimme zu 31,6% stimme nicht zu 55,8% weiß nicht 11,3% *

b) Sollen Staaten, die ihren Schuldendienst nicht mehr leisten können (de facto insolvent sind), aus dem EURO-Verbund ausgeschlossen werden?

ja 67,8% nein 19,9% weiß nicht 11,3%

c) Zur Währungsunion muss eine umfassende politische Union im EURO-Raum kommen.

ja 65,8% nein 20,6% weiß nicht 12,6%

d) Der EURO-Raum soll in einen leistungsfähigeren Nord- und einen weniger leistungsfähigen Südverbund aufgespalten werden.

ja 21,3% nein 59,8% weiß nicht 16,9% *

Steuerpolitik

Auf die Frage:

4. Etwaige Steuermehreinnahmen sollen für folgenden Zweck verwendet werden. Was halten Sie für besonders wichtig?

antworteten:*

Rangreihenbenotung Note 1 bis 3

Rang 1	Schuldenabbau	94,3%
Rang 2	Investition in die Bildungspolitik	86,6%
Rang 3	Infrastruktur-Investitionen	73,4%
Rang 4	Steuerentlastung	52,9%

Ein klares Bekenntnis gibt es dazu „etwaige Steuermehreinnahmen“ zum Schuldenabbau zu verwenden. Auch Investitionen in die Bildungspolitik und in die Infrastruktur sind für den Mittelstand wichtiger als Steuerentlastungen – ein deutliches Signal an die FDP sich von alten Parolen zu trennen.

Besser wäre eine umfassende Steuer-Strukturreform wie sie früher auch von der damaligen Oppositionsführerin Merkel befürwortet wurde, die Kirchhof-Reform. Dazu gibt es eine Weiterentwicklung des damaligen Vorschlags, den Entwurf eines Bundessteuergesetzbuches, mit sechs Länderfinanzministerien erarbeitet. Dieser Vorschlag stößt beim Mittelstand auf große Zustimmung. Mehr als $\frac{3}{4}$ der antwortenden Unternehmer sind dafür. Nur 16,6 Prozent sind der Meinung, dass das Steuersystem nur langsam reformiert werden kann. Dass man mit mutiger Politik punkten kann, zeigt der Atomausstieg. Die Parteien sollten daraus lernen.

Auf die Frage:

5. Das Bundessteuergesetzbuch von Prof. Kirchhof (mit 6 Länderfinanzministerien erarbeitet) sieht vor, dass aus 33.000 Steuerregeln nur noch 146 werden.

Es werden die meisten Ausnahmetatbestände beseitigt sowie Einkommen-, Umsatz- und Erbschaftsteuer aufkommensneutral vereinfacht.

antworteten:*

a) Das gäbe einen Ruck für die deutsche Wirtschaft.

ja 77,1% nein 6,3% weiß nicht 15,3% *

b) Unser Steuersystem kann nur langsam reformiert werden.

ja 16,6% nein 69,1% weiß nicht 12,0%*

c) Es wird keine MwSt. mehr auf zwischen-unternehmerische Umsätze erhoben, nur die Leistung an den Endverbraucher wird belastet. Ist dies in Ihrer Branche sinnvoll und befürworten Sie dies?

ja 48,2% nein 28,2% weiß nicht 21,3%*

d) Zwischen Ehegatten fällt keine Erbschaftsteuer mehr an, bei anderen Erbfällen beträgt der Steuersatz 10% und der Betrag kann über 10 Jahre in gleichen Jahresraten beglichen werden. Befürworten Sie diese Neuregelung?

ja 79,1% nein 11,3% weiß nicht 8,3%*

*Differenz zu 100% = Enthaltungen

Energiewende

Was vor einem Jahr noch kaum vorstellbar war, ist möglich und findet Akzeptanz, die Energiewende. Wenn Politiker bereit sind zu führen, wird das vom Volk akzeptiert. Der Salto Mortale ist dort zwar bisher wenig verbreitet aber offensichtlich möglich. Wer sich als Politiker nicht mit Interessengruppen einlässt, hat es leichter Politik für seine Wähler zu machen, wofür er ja gewählt wurde. Leider ist das nicht immer so und gerade bei den notwendigen Maßnahmen gegen den Casino-Kapitalismus stellen sich unsere Länder und die EU, zum Teil aus egoistischem Interesse wie im Falle Großbritanniens, als sehr hilflos dar.

Wir müssen mit den Gegebenheiten des AKW-Ausstieges leben und teilen unsere Sorgen mit:

Die Energiepreise müssen für unseren Mittelstand stabil bleiben, da wir im europäischen Wettbewerb stehen und in vielen Branchen die Leistungsfähigkeit davon abhängt und wir nicht für Betriebsverlagerungen ins Ausland stehen.

Mehr Sorge bereitet uns auch der Energietransport von neuen Energien innerhalb unseres Landes. Die rechtlichen Probleme für neue Leitungsführungen und der damit verbundene Verhinderungszeitraum lässt u.E. eine sichere Energieversorgung bis 2020/22 nicht darstellen. Wir sollten mit Ausnahmeregelungen durch Bundestag und die EU in der Nähe der bisherigen AKW-Standorte neue fossile Kraftwerke errichten, damit wären wir einige Sorgen los.

Wichtig für uns, und da sind wir Trommler seit Jahrzehnten, ist die Förderung der Kernfusionsforschung, damit unsere Kinder vom Brennstoffimport für die Energieerzeugung unabhängig werden und wir diese enorme Kostenbelastung los sind.

Auf die Frage:

6. Die sog. Energiewende, hin zu den erneuerbaren Energien, ist schneller gekommen als erwartet. Hinsichtlich Versorgungssicherheit, Preisentwicklung, Investitionen in neue Kraftwerke und Übertragungswege enthält sie jedoch erhebliche Risiken. ,
antworteten:*

a) War die Energiewende dennoch notwendig?

ja 62,8% nein 34,2% weiß nicht 3,0%

b) Ist die Versorgungssicherheit gefährdet?

ja 35,9% nein 46,8% weiß nicht 17,3%

c) Sind die höheren Energiekosten in Deutschland ein Standortnachteil?

ja 67,4% nein 22,9% weiß nicht 9,7%

D. Arbeitsmarkt und Sozialpolitik

Was zur Energiewende gesagt wurde, gilt auch für das Thema Mindestlöhne. Bisher war das ein Tabu-Thema für die Konservativen und auch für viele Mittelständler. Hier gibt es jetzt bei den C-Parteien Bewegung, denn längst hat sich gezeigt, dass es um uns herum genügend Länder gibt, deren Wirtschaft durch Mindestlöhne nicht zugrunde gerichtet wurde.

Deutschland und andere Länder in Europa sind in den letzten Jahren mit ihren Sozialen Marktwirtschaften gut gefahren. Auch der soziale Friede in einem Land ist ein hohes Gut und ein wichtiger Standortfaktor für die Wirtschaft.

In einzelnen Branchen oder Unternehmen gibt es durchaus Argumente für die Einführung eines Mindestlohns, und es gibt auch Arbeitgeber, die keine fairen Löhne bezahlen. Im Mittelstand ist dies aber nur selten der Fall, denn oft besteht ein persönliches Verhältnis zu den Mitarbeitern. Einen generellen Mindestlohn lehnen wir ab, denn für viele Kleinunternehmen kann er tödlich sein, da die Ertragslage einfach nicht mehr hergibt. Ein Mindestlohn sollte, wenn überhaupt, nur für Firmen z.B. ab 6 Mitarbeiter gelten, wenn keine sonstige tarifliche Verpflichtung besteht. Jeder Eingriff des Gesetzgebers in die Tarifautonomie ist ein Rückschritt in den Sozialismus.

Die Ergebnisse der Umfrage zeigen, dass die Mehrheit der Unternehmer von einer Einführung von Mindestlöhnen überhaupt nicht betroffen ist und im Falle einer Betroffenheit zu immerhin 26,2 Prozent sogar dafür wäre. Allerdings ist die Anzahl der Enthaltungen bei dieser Frage mit 48,6% sehr hoch. Das spricht aber nicht für eine Ablehnung von Mindestlöhnen. Immerhin 55,8% sind der Meinung, dass Mindestlöhne einen ruinösen Preiswettbewerb nicht verhindern.

Auf die Frage:

1. Nach der Energiewende befürwortet die CDU nun auch eine generelle Einführung von Mindestlöhnen.

a) Wären Sie von einer evtl. Einführung von Mindestlöhnen in Ihrer Branche betroffen? antworteten:

ja 18,9% nein 75,7% weiß nicht 4,3% Enth. 1,0%

c) Wenn ja, sind Sie für Ihre Einführung?

ja 26,2% nein 19,6% weiß nicht 5,6% Enth. 48,6%

d) Gibt es in Ihrer Branche bereits tarifliche Mindestlöhne?

ja 39,9% nein 44,9% weiß nicht 13,0% Enth. 2,2%

wenn ja, können Sie Berichte von Firmen bestätigen, dass diese einen ruinösen Preiswettbewerb verhindern?

ja 24,2% nein 55,8% weiß nicht 20,0%

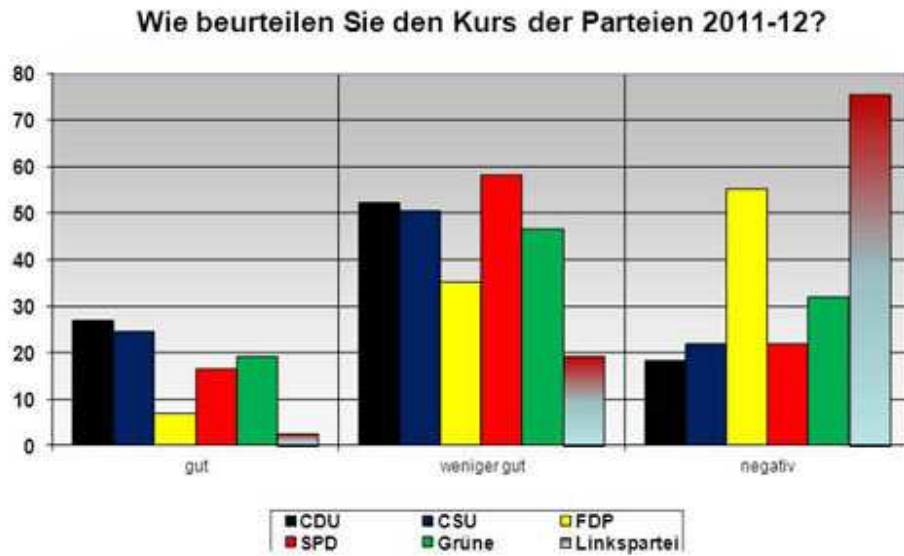
Auf die Frage:

2. Es wird zunehmend darüber geklagt, dass Firmen nur noch befristete Arbeitsverträge abschließen. Wie ist das in Ihrem Unternehmen?

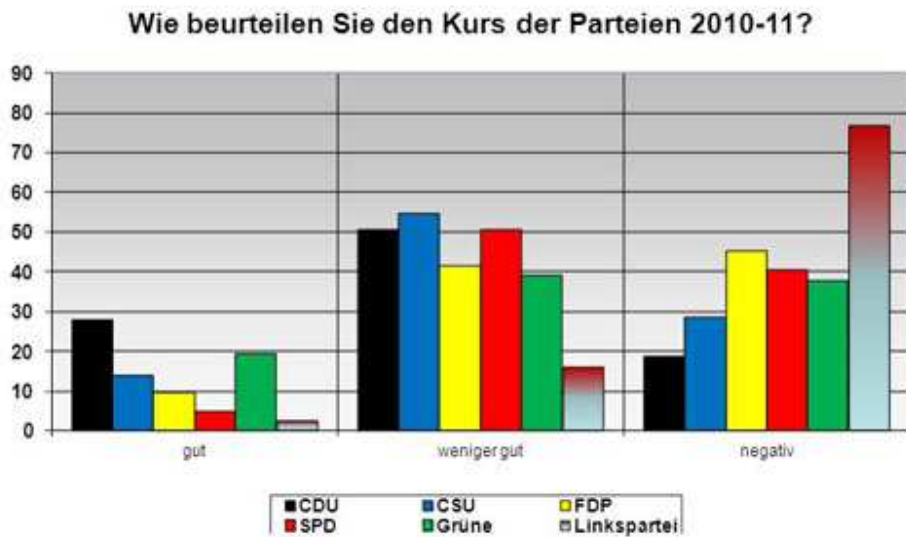
antworteten:*

wir haben keine befristeten Arbeitsverträge	58,1%
wir haben unter 10% befristete Arbeitsverträge	29,6%
wir haben 10 bis 40% befristete Arbeitsverträge	7,6%
wir haben mehr als 50% befristete Arbeitsverträge	2,4%
Enthaltungen	2,3%

E. Fragen zu den Parteien



im Vorjahr:



Auf die Frage:

1. Wie beurteilen Sie den Kurs von CDU/CSU + FDP?

antworteten:

CDU	gut	26,9%	weniger gut	52,2%	negativ	18,3%*
CSU	gut	24,6%	weniger gut	50,5%	negativ	21,9%*
FDP	gut	7,0%	weniger gut	35,2%	negativ	55,1%*

Im Vorjahr:

CDU	gut	27,8%	weniger gut	50,5%	negativ	18,7%*
CSU	gut	13,8%	weniger gut	54,7%	negativ	28,5%*
FDP	gut	9,5%	weniger gut	41,5%	negativ	45,3%*

*Differenz zu 100% = Enthaltungen

Auf die Frage:

2. Was sollte die FDP Ihrer Meinung nach ändern, um aus dem Umfragetief herauszukommen?

gab es viele Anmerkungen, von denen nur einige zitiert werden sollen:

Ehrliche Politiker in der Führungsspitze, Rösler, Brüderle, Westerwelle weg, Führungsspitze austauschen, außer Brüderle, erst denken, dann reden, klare Linie, glaubwürdige Persönlichkeiten aufbauen, kein Populismus, klare marktwirtschaftliche Ausrichtung, weniger Lobbyinteressen folgen, intern verhandeln und nach außen geschlossen auftreten, Wahlversprechen einhalten, nicht nur auf Posten lauern, wie Westerwelle, Fehler eingestehen, konsequent handeln, Außenminister auswechseln, zurück zu den Wurzeln, klares, realistisches Konzept, anderes Programm, Steuer- und Verhinderungspolitik aufgeben, Familienförderung ins Programm, Betonung von Freiheit und Liberalismus, Gleichberechtigung der Frau in der Wirtschaft durchsetzen, keine Forderung nach Steuersenkungen, handeln statt „babbeln“, generell zum Wohl der Bürger handeln, FDP auflösen, Wahrheiten sagen, auch wenn sie weh tun, Partei ist überflüssig, weniger Polemik mehr Aktion, wieder Partei des Mittelstandes werden, Bekenntnis zum EURO, mehr Sozial- und Umweltpolitik, zurück in konstruktive Opposition, Klientelpolitik beenden, Twist mit Union beenden, neues Programm mit solider Basisarbeit aufbauen, Vorstand zu jung und unerfahren und vieles weitere.

Auf die Frage:

3. Wie beurteilen Sie den Kurs der Opposition?

antworteten:

SPD	gut	16,0%	weniger gut	58,1%	negativ	21,9%*
GRÜNE	gut	19,3%	weniger gut	46,5%	negativ	31,9%*
Linkspartei	gut	2,7%	weniger gut	19,3%	negativ	75,7%*

Im Vorjahr:

SPD	gut	4,6%	weniger gut	50,7%	negativ	40,4%*
GRÜNE	gut	19,2%	weniger gut	39,0%	negativ	37,7%*
Linkspartei	gut	2,7%	weniger gut	16,0%	negativ	77,0%*

Auf die Frage:

4. Erwarten Sie von einer großen Koalition eine erfolgreichere Politik als von der gegenwärtigen?

antworteten:*

ja 46,5% nein 44,5% weiß nicht 6,6%*

Auf die Frage:

5. Erwarten Sie von einer Regierung unter Mitwirkung der Grünen eine bessere Politik als die gegenwärtige?

antworteten:*

ja 19,9% nein 70,4% weiß nicht 4,0%*

*Differenz zu 100% = Enthaltungen

Zusammenfassung

Risse in der heilen Welt der Konjunktur

Die mittelständischen Unternehmen in Deutschland sind mit der wirtschaftlichen Lage in Deutschland derzeit noch durchaus zufrieden. Auch der Optimismus ist so groß wie selten in den letzten Jahren. Dennoch ist diese Erkenntnis ambivalent, denn es zeigen sich Risse in der heilen Welt der Hochkonjunktur. Dies ergab die UMU-Umfrage zur Jahreswende 2011-2012 bei 6.000 mittelständischen Unternehmern in ganz Deutschland.

52,2 Prozent der antwortenden Unternehmer bezeichneten die derzeitige Wirtschaftslage als gut, 43,5 Prozent als mäßig und nur 3,9 Prozent als schlecht. Das ist nochmals eine geringfügige Verbesserung gegenüber dem Vorjahr.

Die weitere Entwicklung wird vom Mittelstand jedoch weniger positiv gesehen. Nur noch 7 Prozent glauben, dass sich die Wirtschaftslage in den nächsten neun Monaten noch verbessern wird. 44,9 Prozent erwarten eine Verschlechterung und nahezu gleich viele (46,5%) erwarten keine weitere Änderung.

Der Stimmung entsprechend ist die Investitionsneigung gesunken, von 72,1 Prozent im Vorjahr auf heuer 63,4 Prozent.

Die Tendenz in der Grundstimmung schlägt sich in der Erwartung an die gesamtwirtschaftliche Beschäftigungsentwicklung nieder. Nur noch 8,3 Prozent (40,1% i.V.) rechnen damit, dass die Beschäftigung weiter steigen wird. Mehr als ¼ (28,2%) erwartet gesamtwirtschaftlich einen Rückgang der Beschäftigung.

Nicht so dramatisch sieht es der Mittelstand in seinen Unternehmen. Hier rechnen 15 Prozent mit einer steigenden Beschäftigung (19,6 Prozent planen selbst Neueinstellungen) und 75,7 Prozent glauben, dass diese gleich bleibt (66,8% wollen selbst keine Änderung vornehmen), 13,3 Prozent planen aber auch Einschränkungen, geringfügig mehr als im Vorjahr (12,7%).

Etwa die Hälfte der Unternehmer (47,8%) gab an genügend qualifizierte Arbeitskräfte zu bekommen, die andere Hälfte (48,8%) beklagt sich darüber nicht genügend solche Arbeitskräfte zu finden.

Politik und Wirtschaft

Während der Zustand der Koalition durch Schuldenkrise und Situation der FDP etwas aus den Schlagzeilen verschwunden ist, stehen Europa und der Zustand des EURO heute stärker im Blickpunkt. Obwohl sich die Koalition halbherzig zur Ankündigung der koalitionsvertraglich vereinbarten Steuersenkungen für das Jahr 2013 durchgerungen hat, bleiben andere Felder der Innenpolitik nach wie vor unbearbeitet.

Wir machen weiterhin Schulden und bei der notwendigen Regulierung der Finanzmärkte ist kaum etwas passiert. Warum will Deutschland nicht auch hier eine Vorreiterrolle übernehmen? Es ist anzunehmen, dass es hierfür bei der Regierung keine Konzepte und keine Einigung in der Koalition gibt.

Steuerpolitik

In der Steuerpolitik will der Mittelstand, dass Steuermehreinnahmen in erster Linie zum Schuldenabbau (94,3%), für Investitionen in die Bildungspolitik und für Infrastrukturinvestitionen verwendet werden sollen. Steuerentlastungen stehen nach Wunsch der Unternehmer dabei an letzter Stelle.

Für die Reform der Steuergesetze sind 77,1 Prozent der antwortenden Unternehmer der Meinung, dass durch die Einführung des Bundessteuergesetzbuches von Prof. Kirchhof und der dort vorgesehenen Abschaffung von 33.000 Steuerregeln ein „Ruck durch die Wirtschaft gehen würde“. Der Mittelstand wünscht sich zu 69,1 Prozent eine rasche Reform des Steuersystems und ist nicht der Meinung, dass dieses „nur langsam reformiert werden kann“.

Energiewende

Große Zustimmung gibt es zur Energiewende. Für 62,8 Prozent war diese notwendig. 35,9 Prozent sehen dadurch die Versorgungssicherheit gefährdet, 46,8 Prozent dagegen

nicht. Allerdings sehen 67,4 Prozent durch höhere Energiekosten auch einen Standortnachteil für Deutschland.

Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik

Was unser Sozialsystem betrifft, ist es weder dieser noch den früheren Regierungen gelungen, dessen Finanzierung auf wirklich dauerhaft stabile Füße zu stellen. Und dies trotz zahlreicher Reformen, so hat z.B. die Agenda 2010 den Arbeitsmarkt flexibler gemacht und viele Arbeitslose wieder an den Arbeitsmarkt herangeführt.

Von „an die kommenden Generationen denken“, einem Spruch der unseren Politikern so leicht über die Lippen geht, kann nicht die Rede sein. Es fehlt die konsequente Nachhaltigkeit in der Sozialpolitik. Bundesministerin von der Leyen hat zum Beispiel im Moment die Minirenten in die Diskussion gebracht. Es sollte hier eine kapitalgedeckte Lösung über den Bundeshaushalt gefunden werden. Dieser richtige Schritt kann aber nur durch eine Kapitalrücklage über den Bundeshaushalt gefunden werden, sonst machen wir wiederum Versprechungen, die unsere Kinder und Enkel einlösen müssen.

Die Union hat sich bei der Einführung von Mindestlöhnen bewegt. Das scheint den Mittelstand nicht zu stören, denn nur 18,9 Prozent wären offensichtlich von deren Einführung überhaupt betroffen (75,7% verneinen das). Nur 19,6% der Betroffenen sind gegen Mindestlöhne, 26,2% sind dafür. So ganz im Klaren scheinen sich die Unternehmer aber nicht zu sein, denn 48,6% haben sich bei der Beantwortung dieser Frage enthalten. Befristete Arbeitsverhältnisse können das soziale Klima im Unternehmen, aber auch in der Gesellschaft belasten. 58,1 Prozent der mittelständischen Unternehmer gaben an in ihrem Betrieb keine befristeten Arbeitsverträge zu haben, 29,6 Prozent haben unter 10%, 7,6 Prozent 10 bis 40% und 2,4 Prozent zu mehr als 50% befristete Arbeitsverhältnisse.

Europa und der EURO

Die Solidarität mit hochverschuldeten EURO-Ländern weist beim Mittelstand Grenzen auf. Auch die weitgehend positive Begleitung der Politik der Strenge der Kanzlerin leistet ihren Beitrag zu diesem Bewusstsein. Für viele gibt es derzeit nicht genug Deutschland in Europa, zumindest in Form von nachhaltiger Finanzpolitik, um ein stabiles europäisches Finanzsystem zu erhalten.

In dieses Muster passt, dass 93,4 Prozent der Unternehmer, in einer Rangreihe von 1 bis 6 der Benotungen, die Note 1-3 für die Aussage gaben „Die Staaten müssen sich selbst helfen“. Das zeigt, dass die europäische Solidarität und das Verständnis für die Mentalitätsunterschiede in Europa Grenzen findet, während sie sonst, wenn es um Urlaubserlebnisse geht, eher als positive Bereicherung Europas gesehen werden.

Trotzdem ist der Mittelstand zu 55,8 Prozent der Meinung, dass Europa eine Gemeinschaftswährung braucht. Eine Trennung in einen Nord- und einen Südverbund des EURO (die Idee des ehemaligen BDI-Präsidenten Hans-Olaf Henkel) wird zu 59,8 Prozent

abgelehnt. 65,8 Prozent der Mittelständler sind aber der Meinung, dass Staaten, die ihren Schuldendienst nicht leisten können, aus dem EURO-Verbund ausgeschlossen werden sollten. 65,8 Prozent sind der Meinung, dass der Währungsunion eine politische Union folgen muss.

Der Kurs der Parteien

Bei der Frage „Wie beurteilen Sie den Kurs von CDU/CSU und FDP?“ ist die CDU bei der Note „gut“ von 27,8% im Vorjahr auf 26,9% zurückgegangen. Die CSU hat sich dagegen auf 24,6% verbessert (im Vorjahr auf 13,8%).

Weiter abgestürzt ist trotz erheblichem Unterhaltungswert ihrer Politik die FDP, von 9,5% im Vorjahr auf nunmehr 7,0%. Im Jahr 2009 war sie noch zu 52,6% mit „gut“ beurteilt worden.

Während die Regierungsparteien weiter abgewertet wurden, zeigt sich bei der Opposition eine deutliche Besserung. Die SPD legte bei der Bewertung „gut“ von 4,6% im Vorjahr auf nunmehr 16% zu. Die Grünen machten dagegen nur 1/10 gut von 19,2% auf 19,3% und bauten ihre Negativbewertung von 37,7% auf 31,9% ab. Die Linkspartei blieb bei 2,7% für die Note „gut“, ihre Negativbewertung baute sie aber von 77,0% auf 75,7% ab.

Angesichts dieser Zahlen ist die Sehnsucht nach einer großen Koalition groß. Immerhin 46,8 Prozent erwarten sich von ihr eine erfolgreichere Politik, 44,5% sehen das nicht so. Die Alternative einer rot-grünen Koalition schneidet mit 70,4% Nein-Stimmen deutlich schlechter ab.

*Zahlen gerundet und Enthaltungen

Rückfragen bitte an:

Jürgen E. Metzger, mpb-press J. Metzger, Windener Str. 5, D-85254 Einsbach
Tel. 08135-9103, Fax 08135-8029, E-Mail info@journal-mittelstand.de

Union Mittelständischer Unternehmen e.V. - UMU – Wir Eigentümerunternehmer,
Präsident Hermann Sturm, PR Johann Stigler
Edelsbergstraße 8, 80686 München, Tel. 089-570070, Fax: 089-57007-260,
E-Mail: info@umu.de, www.umu.de

22. Dezember 2011